



# UNSER EUROPA MITGESTALTEN!

## INTERAKTIVER BÜRGERDIALOG

- Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- EU-Migrations- und Flüchtlingspolitik
- Bankenunion

### Antworten von Sven Schulze MdEP- CDU- Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt auf die Publikumsfragen des Bürgerdialogs in Magdeburg am 22.08.2018

#### Panel I: EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik

**Frage: Denken Sie, dass Frontex eine menschenrechtskonforme Arbeit leisten kann?**

Ja. Frontex leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz der EU-Außengrenzen und hilft illegale Migration zu unterbinden. Es übernimmt wichtige Aufgaben der Risikoanalyse, indem es z.B. kriminelle Aktivitäten wie Menschenhandel aufspürt. Außerdem hat Frontex eine Informations- und Koordinierungsfunktion, d.h. Erkenntnisse werden unter den nationalen Grenzbehörden sowie mit den EU-Staaten geteilt und die Europäischen Grenzschutzteams bei extremen Situation an der der EU-Außengrenze koordiniert.

***Frage: Wie sollte sich die EU verhalten, sofern die Auswirkungen der Klimaänderung (auch sehr stark in der EU erzeugt) zu massiverer Migration nordwärts führt?***

Migration findet sowohl innerhalb der EU wie auch in die EU und aus ihr heraus statt. Dies ist ein normales Phänomen. Migration bedarf aber der Steuerung nach rechtsstaatlichen und in der EU einheitlichen Kriterien. Dies betrifft sowohl die Aufnahme wie auch die Zurückführung von Migranten.

***Frage: Wie kann die Seenotrettung gewährleistet werden und wie steht es um die Kooperationen mit nordafrikanischen Staaten?***

Das Geschäft der Schlepper, die das Leben von vielen Menschen in Gefahr bringen, muss bekämpft werden. Zu diesem Zweck sollen internationale Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens geschlossen werden, das auch die Rücknahme der eigenen Staatsbürger umfasst. In Zusammenarbeit mit den internationalen Flüchtlings- und Migrationsorganisationen sollen Fluchtalternativen und Auffangmöglichkeiten vor Ort geschaffen werden. Die Maghreb-Staaten sollten zudem zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.

***Frage: Führt es nicht eher zu einer Spaltung der EU, wenn die Verantwortung auf die Mittelmeerländer abgewälzt wird?***

Wichtig für den Zusammenhalt der Europäischen Union ist es, dass es eine faire Lösung für die verschiedenen Mitgliedsstaaten -insbesondere für die nördlichen Staaten des Mittelmeeres- gibt. Mit den Staaten am südlichen Mittelmeer müssen Vereinbarungen abgeschlossen werden. Sie müssen bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt werden, um Fluchtursachen zu minimieren und den Menschen vor Ort eine Überlebensperspektive zu geben.

***Frage: Ist das Dublin-System fair gegenüber den europäischen Grenznationen?***

Solidarität ist ein wichtiges Element europäischer Politik. Es wurde mit der Zustimmung der EU-Mitgliedsstaaten vereinbart.

***Frage: Wie kann die Abschottungspolitik einiger Mitgliedsstaaten mit der humanitären Verantwortung der EU erklärt werden?***

Die Verantwortung der EU ist es beispielsweise in der Asylpolitik, jenen zu helfen, die internationalem Schutz und humanitärer Hilfe bedürfen. Hierbei ist die europäische

Kooperation und Solidarität von entscheidender Bedeutung. Nationale Abschottungspolitik ist nicht zielführend. Grundvoraussetzung für eine tragfähige europäische Lösung ist die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems.

***Frage: Wie können die südeuropäischen Länder ertüchtigt werden, das Dublin-Abkommen umzusetzen. Unterstützung im Verfahren? Weiterverteilung über Quoten?***

Länder der Peripherie dürfen nicht alleine gelassen werden. Eine von Ihnen angesprochene Quotenregel könnte helfen, Lasten innerhalb der Union zu verteilen. Die Umsetzung einer Quote zur Verteilung von Asylsuchenden wurde bisher jedoch von einzelnen EU-Staaten blockiert.

***Frage: Warum gibt es seit Jahren eine unkontrollierte Einwanderungspolitik mit Menschen die durch sichere Länder hier nach Deutschland kommen?***

Offene Grenzen innerhalb des Schengen-Systems der EU sind zusammen mit den vier Grundfreiheiten, unter anderem eben auch der freie Personenverkehr, die Grundpfeiler des Europäischen Binnenmarktes. Damit dies funktioniert, muss die EU-Außengrenzen zukünftig noch besser geschützt werden.

***Frage: Wenn die Südländer ohnehin in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, wie ist es dann unter diesem Aspekt vertretbar, die Flüchtlinge dorthin zurückzuschicken?***

In der ursprünglichen Fassung der Dublin-Verordnung wurde festgelegt, dass Flüchtlinge im Einreise-Land der EU registriert und dort ihre Asylanträge gestellt werden. Wird die Person in einem anderen Mitgliedsstaat der Union aufgefunden, so könnte sie in das Einreise-Land zurückgeschickt werden. Dies würde natürlich insbesondere in Bezug auf die südeuropäischen Grenzstaaten der EU Anwendung finden. Aufgrund hoher Flüchtlingszahlen kann allerdings in der Praxis ein Land, laut Dublin-III-Verordnung den sogenannten Selbsteintritt erklären, d.h. die Zuständigkeit über eigentlich fremde Asylverfahren übernehmen, um so europäische Solidarität zu leisten und so die Asylbewerber zu registrieren.

***Frage: Für wie wahrscheinlich halten Sie eine europäische Lösung in der Asyl-Politik?***

Für eine europäische Lösung in der Asylpolitik wurden bereits entscheidende Fortschritte erzielt. Beim am 28./29. Juni stattgefundenen Treffen des Europäischen Rates konnten sich die Staats- und Regierungschefs Maßnahmen zum besseren EU-Außengrenzschutz, kontrollierte Zentren in der EU und Zentren außerhalb der EU sowie finanzielle Hilfen für Herkunfts- und Transitländer vereinbaren. Bei der Frage der gerechten Verteilung von Flüchtlingen gibt es jedoch immer noch wenig Bewegung.

***Frage: Warum haben die Politiker nicht präventiv gehandelt?***

Die Bundesregierung leistete beispielsweise im Syrien-Konflikt bereits früh, auch vor dem extremen Anstieg der Flüchtlingszahlen 2015, humanitäre Hilfe. Besonders Deutschland engagierte sich überproportional stark. Dennoch sind Menschen aufgrund des bis heute andauernden Bürgerkriegs in Syrien auf der Flucht.

***Frage: Wie kann man von Menschenrechtsschutz sprechen, wenn im selben Atemzug mit der Türkei verhandelt wurde, nur um die eigene Politik zu stabilisieren?***

Ziel des 2016 vereinbarten EU-Türkei-Abkommens ist es, die illegale Migration in die EU über die östliche Mittelmeer-Route zu unterbinden und effektiver gegen das Schleuserwesen zwischen der Türkei und Griechenland vorzugehen. Irreguläre Migranten und Asylsuchende, die aus der Türkei auf den griechischen Inseln ankommen und deren Asylanträge für unzulässig erklärt wurden, werden im Rahmen des Abkommens schrittweise in die Türkei zurückgeführt. In gleicher Zahl werden anerkannte syrische Schutzsuchende aus der Türkei direkt in die EU überführt. Im Gegenzug unterstützt die EU Projekte für die etwa 3,5 Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei. Das EU-Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist ein Erfolg, denn es erfüllt die damit verbundenen Ziele: die Flüchtlingszahlen haben sich deutlich verringert, und das Schlepperwesen wird Schritt für Schritt zerschlagen. Die EU kann sich zu dem ihre Nachbarn und deren politisches System nicht aussuchen, muss aber gleichzeitig zu tragfähigen Lösungen für ihre Bürger kommen.

**Panel II: Bankenunion**

***Frage: Welche Einflüsse haben Netzwerke um Soros (Open Society) und Bannon ("Europäisch geeinte Rechte") und welche Chancen und Risiken ergeben sich dadurch?***

In einer pluralistischen Gesellschaft, wie sie die EU-Staaten mit Presse- und Meinungsfreiheit verkörpern, kann jeder sich im Rahmen der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit zu Netzwerken zusammenschließen. Dies sind Grundrechte, die jedem EU-Bürger zustehen, so lange er bei der Ausübung dieser Rechte nicht die Grundrechte anderer dabei verletzt.

***Frage: Hilft die Bankenunion auch dem gemeinen Volk in den südeuropäischen Staaten oder nur den Banken und Konzernen selbst?***

Zwei zentrale Säulen bilden das Herzstück der Bankenunion: der einheitliche Bankenaufsichtsmechanismus und der einheitliche Bankenabwicklungsmechanismus. Der einheitliche Bankenabwicklungsmechanismus hilft, eine schnelle und strukturierte Auflösung von illiquiden Banken zu minimalen Kosten zu gewährleisten. Folglich hilft die Bankenunion auch den Menschen, weil sie ein großer Schritt in Richtung eines stabilen und verantwortungsvollen Finanzsystems ist.

**Frage: Wird Jens Weidmann der nächste EZB Präsident?**

Dies entzieht sich meiner Kenntnis.

**Frage: Inwieweit werden auch SEPA-Alternativen und Blockchain-Technologien berücksichtigt?**

Hierzu kann ich keine Aussage machen.

**Frage: Wieso feiert Europa den Austritt Griechenlands aus dem EU-Rettungsschirm, wenn die Griechen leiden, weil der Wohlfahrtsstaat massiv abgebaut wurde?**

Dass Griechenland den EU-Rettungsschirm verlässt, zeigt, dass das Land auf dem richtigen Weg zur Konsolidierung seiner Finanzen ist. Um finanziell wieder auf einen stabilen Pfad zurückzukehren, war die Reduzierung der aufgeblähten Staatsausgaben unumgänglich.

**Frage: Welchen Vorteil hat nationalstaatliches finanzpolitisches Handeln gegenüber europäischen Umverteilungsmechanismen für die Wettbewerbsfähigkeit Europas?**

Ich spreche mich gegen eine Transferunion aus. Richtig ist aber, dass es Situationen geben kann, wo einzelne Volkswirtschaften finanzielle Hilfen aufgrund von Wirtschafts- oder Finanzkrisen in Anspruch nehmen müssen. Hierzu gibt es den Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

**Frage: Muss die Einlagensicherung vereinheitlicht werden?**

Einheitliche Standards zwischen den nationalen Einlagensicherungssystemen befürworte ich. Eine gemeinsame Einlagensicherung lehne ich hingegen ab. Hier lautet die Prämisse: Risikoreduzierung vor Risikoteilung. Wer Risiken eingeht, muss auch die Konsequenzen dafür

tragen. Sparer aus einem Mitgliedsstaat sollen nicht für die Verbindlichkeiten und Schulden aus einem anderen haften müssen.

***Frage: Wie steht die EZB zu RippleNet?***

Hierzu kann ich als Europaabgeordneter keine Aussage machen. Ich bitte die Frage an die EZB zu stellen.

***Frage: Welchen Stellenwert hat Forex für den Euro bzw. generell für Währungsspekulationen innerhalb der EU?***

Forex, als Abkürzung für Foreign Exchange Market, ist der Devisenmarkt, d.h. der Ort, an dem Währungen miteinander gehandelt werden. Durch Angebot und Nachfrage wird hier der Preis einer Währung, dargestellt durch den Wechselkurs, gebildet. Spekulanten können durch den Einsatz großer Geldmengen starke Wechselkursänderungen hervorrufen und somit unter Umständen hohe Gewinne erzielen. Durch den Euro ist diese Spekulationsgefahr heute geringer als zu Zeiten der nationalen Währungen.

***Frage: Wie würde eine gerechte Unternehmenssteuer (bspw. Amazon, Apple etc.) europaweite Fonds bereichern?***

Europaweite Regeln zur Besteuerung von digitalen Unternehmen sind wichtig, um ein faires Besteuerungssystem zu schaffen.

***Frage: Wie schätzen Sie die Ansätze des "European New Deal" von Diem25 bzgl. der Stabilisierung und Reformierung des europäischen Finanzsektors ein?***

In diesem Bereich habe ich mir noch keine vollumfängliche Meinung gebildet.

***Frage: Inwieweit werden Ökonomie-Strategien, wie DeGrowth, Donut-Ökonomie und Gemeinwohlökonomie von der EZB für faire und nachhaltige Investitionen gefördert?***

Wachstum ist ein wichtiger Baustein von Wohlstand. Es geht einher mit Innovation und Fortschritt. Bewusst negatives Wachstum konterkariert diesen Gedanken. Langfristig würde dies spürbar mit einem Herabsinken des Lebensstandards einhergehen. Negatives Wachstum entspricht volkswirtschaftlich einem Absinken des Bruttoinlandsprodukts, welches gleichzeitig die Summe aller Einkommen definiert. Wer entscheidet wer die Lasten dieser Einsparungen zu tragen hätte?

### **Panel III: Europäische Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik**

***Frage: Wird die EU jemals als eigenständiger Akteur auf der Weltbühne auftreten wie die USA, China oder Russland?***

Bereits heute hat die EU ein starkes Gewicht auf weltpolitischer Ebene. Aus ökonomischer Sicht zeigt sich dies beispielsweise dahingehend, dass der EU-Binnenmarkt den größten gemeinsamen Wirtschaftsraum der Welt bildet. Da es sich um eine Union aus 28 Mitgliedsstaaten handelt, gestaltet sich die Willensbildung schwieriger und langwieriger.

***Frage: Wie können Militärbasen ausländischer Staaten aufgelöst werden und gleichzeitig kooperative Weiterbildungen und Trainings diverser Exekutivkräfte stattfinden?***

Deutschland ist Mitglied der NATO, aus der Rechte und Pflichten ergeben. Auch die EU arbeitet bei Verteidigungsfragen insbesondere in der Verteidigungsforschung seit Kurzem intensiver zusammen.

***Frage: Was ist Ihre Meinung zur PeSCo?***

Um Frieden und Sicherheit in Europa zu erhalten, ist eine Zusammenarbeit zwischen den Ländern in Fragen der Verteidigungspolitik unabdingbar. Deswegen bin ich erfreut, dass sich 25 der 28 Mitgliedsstaaten auf eine engere militärische Kooperation über das Projekt der „Permanent Structured Cooperation (PESCO)“ einigen konnten. Diese Ressourcenbündelung hilft effizientere Strukturen aufzubauen und Kosten zu sparen.

***Frage: Inwieweit sind "Digital Warfare" (Hass im Netz, Fake-News, Spionage, ...) und polarisierende Verschwörungstheorien ein Thema?***

Die von Ihnen angesprochene „Digitale Kriegsführung“ ist eine wichtige Thematik in unserer heutigen Zeit. Durch den bereits heute erreichten Stand der Informationstechnologie unterscheiden sich Angriffe immens von Konflikten vergangener Jahrhunderte. Falschmeldungen und auf den ersten Blick scheinbar überzeugende Verschwörungstheorien können sich leicht schnell verbreiten. Aufklärung und Information sind hier von zentraler Bedeutung, um dem entgegenzuwirken.

***Frage: Wenn es eine gemeinsame europäische Armee geben soll, wer / welches Land hat dann das Oberkommando - Parlament oder Einzelperson? Inklusive Wehrpflicht?***

Eine europäische Armee steht nicht im Vordergrund der EU. Es gibt allerdings EU-Militärmissionen. Für Verteidigungsfragen bleibt die NATO zuständig.

***Frage: Wie muss mit Protektionismus (z.B. der USA) umgegangen werden, wenn die Friedenspolitik gefördert werden soll?***

Die von Ihnen angesprochenen protektionistischen Maßnahmen der USA können zu einer negativen Spirale führen, was schlimmstenfalls in einem Handelskrieg münden könnte. Insbesondere wir in der Europäischen Union konnten und können neben den positiven ökonomischen Effekten hautnah die friedenssichernde Komponente von freiem Handel nach dem zweiten Weltkrieg erleben. Deswegen sollte der Dialog zwischen der EU und den USA sowohl in ökonomischen als auch friedenspolitischen Aspekten gesucht und so eine Eskalationsspirale vermieden werden.

#### **Panel IV: Fragen an den Abgeordneten/ Möglichkeit zur offenen Diskussion**

***Frage: Wo kann ich mein Engagement veröffentlichen? Sinn: Vorbildwirkung.***

Es gibt viele verschiedene Wege ein Vorbild für andere zu sein. Die Mitarbeit in lokalen Vereinen und karitativen Einrichtungen fördert das soziale Miteinander. Zum einen werden Menschen in der realen Welt Ihr Engagement mitbekommen, zum anderen könnten Sie die sozialen Medien nutzen, um ein Vorbild für andere zu sein.

***Frage: Warum bedeutet eine Vereinheitlichung der europäischen Standards ein Herabsetzen des deutschen Standards anstelle einer allgemeinen Erhöhung?***

Europäische Standards bedeuten nicht zwangsläufig ein Herabsetzen deutscher Standards. Ebenso kann es sein, dass ein höherer beziehungsweise ein für deutsche Verhältnisse gleichbleibender Standard europaweit etabliert wird.

***Frage: Wird die EU jemals das Einstimmigkeitsprinzip durch eine Zweidrittelmehrheit ersetzen können um effektiver Entscheidungen treffen zu können?***

Durch den Vertrag von Lissabon werden seit 2009 bereits vermehrt Entscheidungen im Rat mit einer sogenannten „qualifizierten Mehrheit“ getroffen. In sensiblen Bereichen wie



beispielsweise dem Beitritt neuer Länder zur EU ist weiterhin die Einstimmigkeit notwendig. Dies soll die Interessen *aller* Mitgliedsländer wahren.

***Frage: Wie lange wird die Kommission die rechtsnationale Haltung Ungarns und Italiens noch erdulden?***

Bereits im Dezember 2015 hat die europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Im Juli 2018 beschloss die europäische Kommission Ungarn vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu verklagen. Ebenso ließ die Kommission verlauten, dass sie sich nicht durch die Drohung von italienischer Seite im Flüchtlingsstreit, EU-Haushaltsbeiträge zurückzuhalten, erpressen lasse. Insofern weiß auch die europäische Kommission ihre Standpunkte zu vertreten.

***Frage: Welchen Einfluss hat die zunehmende Radikalisierung auf die Konsensbildung im europäischen Parlament?***

Die zunehmende Radikalisierung erschwert die Arbeit im Europäischen Parlament.

***Frage: Herr Schulze, welche Themen liegen Ihnen in der Europa-Politik besonders am Herzen?***

Neben weiteren Themen sind mir insbesondere vier große Bereiche wichtig: Zum einen erachte ich den Schutz der Freiheit und Sicherheit Europas für essenziell. Außerdem ist die Stärkung des europäischen Arbeitsmarktes, man denke beispielsweise an die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, für mich eine wichtige Thematik. Für ebenso notwendig halte ich Innovationen für den Mittelstand, die den Motor einer funktionierenden Wirtschaft darstellen. Die rasanten Entwicklungen bezüglich der Digitalisierung bilden die vierte Säule, die unserer Aufmerksamkeit bedürfen.

***Frage: Würden Sie auch mit der EFDD oder ENF zusammenarbeiten?***

Eine Zusammenarbeit mit europafeindlichen Fraktionen lehne ich ab.